

INSTITUTIONELLE TRANSFORMATION UND WIRTSCHAFTLICHE PERFORMANCE

Die mittel- und osteuropäischen Länder, die im Mai 2004 der Europäischen Union beitreten werden, sowie Bulgarien und Rumänien waren unterschiedlich stark von der Transformationskrise zu Beginn der neunziger Jahre betroffen. Auch nach 1995 sind diese Länder verschieden schnell gewachsen. Dabei stellt sich die Frage, ob wirtschaftsrelevante Institutionen die unterschiedliche wirtschaftliche Performance ab 1995 erklären können. Empirische Tests zeigen, dass weniger der Mitte der neunziger Jahre erreichte Institutionenstand relevant ist als vielmehr dessen Veränderung in den Folgejahren. Reformen der Institutionen lohnen sich auch und gerade bei schlechten Ausgangsbedingungen. Die acht Beitrittsländer sowie Bulgarien und Rumänien profitierten davon, dass ihr Reformkurs durch die Beitrittsperspektive zur Europäischen Union vorgezeichnet war. Das galt nicht für andere Transformationsländer in Europa und Zentralasien. Hier waren weniger die Reformen der Institutionen als vielmehr Liberalisierungsfortschritte wichtig für das Wirtschaftswachstum.

iw-trends

Die acht mittel- und osteuropäischen Länder, die am 1. Mai der Europäischen Union (EU) beitreten werden, sowie Bulgarien und Rumänien als weitere Beitrittskandidaten haben in den ersten Jahren nach der Auflösung des Ostblocks einen tief greifenden Transformationschock durchgemacht. Anfang der neunziger Jahre schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in allen zehn hier betrachteten Ländern (Tabelle). Die Transformationskrise war bis zum jeweils ersten Aufschwungsjahr in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Der wirtschaftliche Einbruch war zum Beispiel in den baltischen Ländern heftiger als etwa in Polen, in der Tschechischen Republik oder Slowenien. Auch die wirtschaftliche Performance der mittel- und osteuropäischen Länder im Zeitraum 1990 bis 2003 weicht deutlich voneinander ab. Während Lettland und Litauen noch nicht das preisbereinigte BIP des Jahres 1990 erreicht haben, konnte Polen dieses mittlerweile bereits um gut 50 Prozent übertreffen.

*Transformations-
bilanz*

Tabelle

Transformationsbilanz

- Makroökonomische Kenngrößen für die Beitrittsländer¹⁾, Bulgarien, Rumänien -

	Transformations- schock	Wohlstandsniveau 2003		Wachstum	Inflation ⁵⁾
	2)	2)	3)	4)	
	Veränderung 1990 bis Aufschwung ⁶⁾ in Prozent	1990=100	EU-15=100	Veränderung ⁷⁾ 1995 bis 2003 in Prozent	
Bulgarien	-19	92	28	2,5	58,9
Estland	-34	104	44	6,3	7,4
Lettland	-50	79	37	6,6	5,3
Litauen	-44	86	43	5,9	5,0
Polen	-7	151	41	3,8	8,9
Rumänien	-21	97	27	1,3	47,7
Slowakische R.	-24	114	51	3,7	7,5
Slowenien	-14	131	74	3,7	7,9
Tschechische R.	-12	110	62	1,7	5,1
Ungarn	-15	119	56	4,2	11,7

1) Ohne Malta und Zypern. Schätzungen für 2003. 2) Bruttoinlandsprodukt (BIP) in konstanten Preisen. 3) BIP in Kaufkraftparitäten je Einwohner. 4) BIP in konstanten Preisen je Einwohner. 5) Gemessen am Verbraucherpreisindex. 6) Kumuliert; der Aufschwung setzte in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein. 7) Jahresdurchschnittlich.

Quelle: European Bank for Reconstruction and Development, 2003; International Monetary Fund, 2003b; Europäische Kommission, 2003; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen war schon früh von Reformen geprägt (IW, 2003). Bereits 1992 schwenkte das Land auf einen Wachstumskurs ein, und die frühzeitig begonnene marktwirtschaftliche Schocktherapie erwies sich im Nachhinein als sehr erfolgreich. Dazu zählten die Liberalisierung der Preise, der Abbau von Subventionen, die Einführung der Gewerbefreiheit und der Beginn der Privatisierung (Ochmann, 2002, 241). Auch Ungarn, die Slowakische Republik und Slowenien sind nach Überwindung des Transformationstiefs zu Beginn der neunziger Jahre in jedem Jahr gewachsen. Slowenien konnte im Jahr 2003 sogar ein Wohlstandsniveau von nahezu drei Viertel des Durchschnitts der jetzigen 15 EU-Mitgliedsländer erreichen. Ungarn profitierte bei der Transformation davon, dass seine Wirtschaftsordnung bereits zu Zeiten des Sozialismus gewisse marktwirtschaftliche Elemente enthielt. Die baltischen Staaten hatten in dieser Hinsicht zu

Beginn der neunziger Jahre einen vergleichsweise hohen Nachholbedarf und haben seitdem kräftig aufgeholt. Im Zeitraum 1995 bis 2003 wiesen Estland, Lettland und Litauen sogar die höchsten Wachstumsraten auf. Dagegen litt in Rumänien die Wirtschaft unter den Altlasten des früheren Regimes, dessen Autarkiepolitik die Infrastruktur verkommen und die Bevölkerung verarmen ließ. Zudem hat die Politik in Rumänien erst sehr spät einschneidende wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen ergriffen. Ein unterschiedliches Reformtempo in den einzelnen Ländern zeigt sich auch in den Inflationsraten. Selbst im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2003 weisen die hier betrachteten Länder immer noch stark abweichende Geldentwertungsraten auf.

Die institutionellen Veränderungen und die wirtschaftliche Performance der mittel- und osteuropäischen Länder ab Mitte der neunziger Jahre sind auch vor dem Hintergrund einer intensiven Annäherung an die EU zu sehen. Sie erklärte sich im Jahr 1993 zur Erweiterung bereit und räumte den zehn hier betrachteten mittel- und osteuropäischen Ländern in den folgenden Jahren eine konkrete Beitrittsperspektive ein. Laut den Kopenhagener Kriterien gelten als wirtschaftliche Voraussetzungen eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerb in der EU standzuhalten. Außerdem muss als weitere Beitrittsbedingung der Rechtsbestand der EU (Acquis communautaire) übernommen werden. Damit bestand für die Beitrittskandidaten ein starker Anreiz zur Privatisierung, Liberalisierung und zur Übernahme marktwirtschaftlicher Institutionen.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Transformationserfolge wird im Folgenden geprüft, ob es einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Reformkurs der Transformationsländer und ihrem Wirtschaftswachstum gibt. In der ökonomischen Literatur zu den Einflussfaktoren des Wirtschaftswachstums zählen neben dem Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Sachkapital vor allem Humankapital sowie technischer Fortschritt als Triebkräfte für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch eine stabile makroökonomische Politik, Marktliberalisierung (Deregulierung und Privatisierung), Außenhandelsöffnung und die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems bestimmen das Wirtschaftswachstum. Ein jüngerer Forschungszweig betont darüber hinaus die Bedeutung von wirtschaftsrelevanten Institutionen wie die Sicherheit von Eigentumsrechten, die Verlässlichkeit des Rechtssystems,

Fragestellung

politische Stabilität sowie die Funktionsfähigkeit und Verantwortlichkeit von Regierung und Bürokratie (IMF, 2003a).

Ursachenanalyse

Für die mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten liegen bereits eine Vielzahl von Studien vor, die die Ursachen für die unterschiedliche Wachstumsperformance ermittelt haben (für einen Überblick: Grogan/Moers, 2001; Havrylyshyn/Rooden van, 2003). Die bisherigen Studien erstrecken sich höchstens bis zum Jahr 1999 und berücksichtigen größtenteils den Produktionseinbruch zu Beginn der Transformationsphase. Dabei wurde aufgrund dieses Transformationsschocks weniger auf die üblichen Erklärungsmuster mit Indikatoren für Sach- und Humankapital sowie technischem Fortschritt abgestellt. Vielmehr haben sich in erster Linie die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen, die makroökonomische Stabilisierung, die marktwirtschaftliche Liberalisierung sowie wirtschaftsrelevante Institutionen als wichtige Determinanten erwiesen. Staaten, die bei den genannten Faktoren gut abschnitten, sind weniger lang geschrumpft und waren früher auf einem Wachstumskurs. Die Institutionen haben verglichen mit den übrigen Einflussfaktoren aber teilweise nur einen geringen positiven Einfluss.

In der folgenden Ursachenanalyse wird der Betrachtungszeitraum bis zum Jahr 2003 ausgedehnt. Er beginnt aber erst im Jahr 1995, also weitgehend nach der Transformationskrise. Außerdem werden hier im Gegensatz zu den herkömmlichen Analysen die Länder Mittel- und Osteuropas in zwei Gruppen eingeteilt. Zum einen werden die acht mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer sowie die weiteren Kandidaten Bulgarien und Rumänien betrachtet, zum anderen die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie einige Balkanstaaten. Dies soll zeigen, ob die Wachstumsdeterminanten beider Analysegruppen im Hinblick auf Institutionen und Liberalisierung unterschiedlich sind.

Ein erster Blick auf die Daten zeigt, dass die Ergebnisse der bisherigen Studien zu den tendenziell positiven Wachstumseinflüssen von Liberalisierung und Institutionen relativiert werden müssen. Beispielsweise verzeichnen die baltischen Staaten, die beim Niveau der Liberalisierung und der Institutionen schlechter abschneiden als etwa Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, zwischen 1995 und 2003 das größte Wachstum. Dies wirft die

Frage auf, ob sich zuletzt überhaupt nennenswerte Einflüsse von Liberalisierung und Institutionen auf das Wirtschaftswachstum nachweisen lassen.

Zunächst wird die Gruppe mit zehn Ländern analysiert. Ähnlich wie in den bisherigen Studien wird eine lineare Mehrfachregression vorgenommen. Es wird versucht, die Unterschiede im Wirtschaftswachstum zwischen den betrachteten Staaten durch die Unterschiede zu erklären, die sich bei den möglichen Einflussfaktoren zeigen. Dabei wird ermittelt, wie gut die verschiedenen Variablen einzeln und zusammen genommen die Wachstumsunterschiede erklären können. Zudem wird eine Irrtumswahrscheinlichkeit dafür angegeben, dass die ermittelten Resultate nicht systematischer Natur, sondern zufallsbedingt sind (Signifikanztest):

*Erste Länder-
gruppe*

- Erklärt wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP je Einwohner im Zeitraum 1995 bis 2003. Konjunkturelle Einflüsse, die strukturelle und trendmäßige Wachstumseinflüsse überlagern, dürften bei der Länge des gewählten Betrachtungszeitraums nur eine geringe Rolle spielen.
- Als erklärende Variablen werden vorrangig der Stand der Marktliberalisierung im Jahr 1995 und dessen Veränderung bis zum Jahr 1999 verwendet. Daneben werden Niveau und Veränderung der wirtschaftsrelevanten Institutionen (z. B. Eigentumsrechte, Rechtsstaatlichkeit) herangezogen, wobei hier aus Datengründen die Zeitpunkte 1996 und 2000 gewählt werden. Bei den Indikatoren zu Liberalisierung und Institutionen wird ein Zeitpunkt/-raum zu Beginn der Betrachtungsperiode gewählt, um weitgehend den Effekt auszuschließen, dass das Wachstum die Liberalisierung/Institutionen begünstigt (umgekehrte Kausalität).
- Darüber hinaus werden weitere Kontrollvariablen eingeführt, die in Länderstudien häufig in Regressionen zum Wirtschaftswachstum eingehen und mit denen geprüft wird, ob die vorgenannten Indikatoren an Relevanz verlieren. Dazu zählen: Inflationsrate, Bildung, Investitionsquote, Außenhandelsöffnung, Staatsausgabenquote, Ausgangsniveau des Pro-Kopf-Einkommens und der transformationsbedingte BIP-Rückgang.

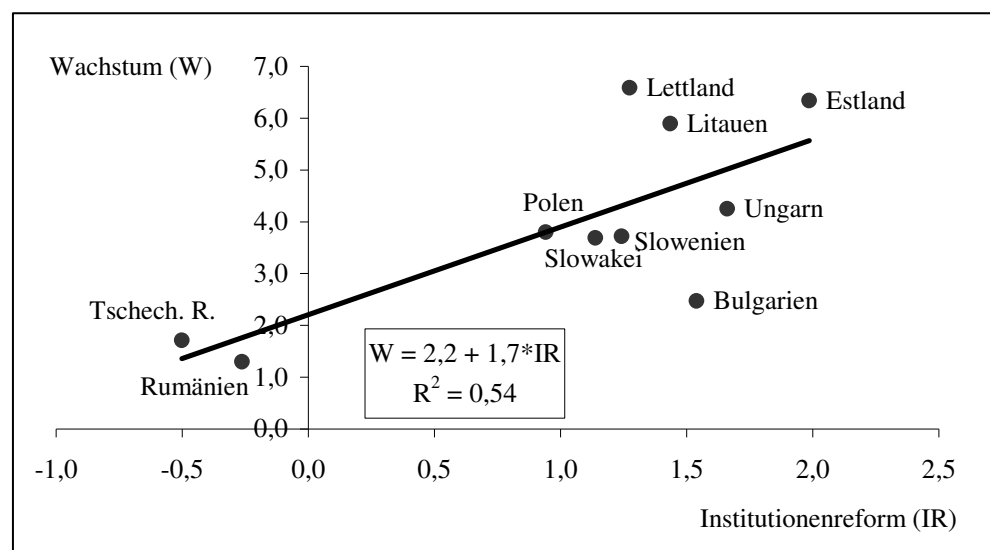
Zunächst zeigen empirische Tests, dass die Ausgangsniveaus von Liberalisierung und Institutionen nicht sehr relevant sind. Je nachdem, welche anderen Variablen zusätzlich einbezogen werden, ergibt sich vereinzelt sogar ein

negatives Vorzeichen. Da aber die Größenordnung beider Werte eng mit anderen erklärenden Größen, wie etwa dem Ausgangsniveau des Pro-Kopf-Einkommens, der Inflation und dem Bildungsniveau zusammenhängen, lässt dies letztlich keine endgültigen Schlüsse über die relative Bedeutsamkeit einzelner Erklärungsgrößen zu (Multikollinearität).

Abbildung 1

Institutionenreform und Wachstum

- Jahresdurchschnittliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner 1995/2003 und Veränderung der Institutionen¹⁾ 1996/2000 -



1) Wirtschaftsrelevante Institutionen als ungewichteter Mittelwert von sechs Kategorien (u. a. politische Stabilität, Verantwortlichkeit und Funktionsfähigkeit der Regierung, Regulierungsqualität, Rechtsstaatlichkeit). Standardisierte Werte zwischen -2,5 (schlecht) und +2,5 (gut). Institutionenreform als Differenz der Jahreswerte 2000 und 1996.

Quelle: International Monetary Fund, 2003b; Kaufmann/Kraay/Mastruzzi, 2003; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Veränderung statt Niveau

Im Gegensatz zu anderen Studien wird hier als erklärende Variable die Reformdynamik von Liberalisierung und Institutionen anhand der Differenzen zwischen zwei Zeitpunkten verwendet. Auf diese Weise wird nicht nur aus theoretischer Sicht eine weitere Erklärungsdimension für das Wirtschaftswachstum in den Transformationsstaaten eingeführt. Auch in statistischer Hinsicht ermöglicht die Differenzenbildung häufig, den Grad des Zusammenhangs mit anderen Variablen zu vermindern und so die Erklärungsmöglichkeiten insgesamt zu erhöhen. Die Ergebnisse sind bemerkenswert robust:

- Tatsächlich erweist sich im Fall der zehn Länder die Reform der Institutionen mit einer Korrelation zum Wirtschaftswachstum von 0,74 als starker Erklärungsfaktor. Allein dadurch können 54 Prozent der Wachs-

tumsunterschiede erklärt werden (Abbildung 1). Der Zusammenhang ist bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 1 Prozent signifikant.

- Der starke signifikante positive Wachstumseinfluss der Institutionenreform erweist sich auch bei verschiedenen Kontrollmodellen als äußerst robust. Dazu wurden alle anderen erklärenden Variablen jeweils in einem Zwei-Variablen-Modell einzeln zur Institutionenreform hinzugefügt. Daneben wurde ein Modell mit vielen gleichzeitig eingebrachten Variablen geschätzt, wobei allerdings das Problem entsteht, dass einige erklärende Variablen stark voneinander abhängig sind und somit die Aussagekraft der Regression gemindert wird.
- Um diesen Schwierigkeiten weitgehend auszuweichen, wurde nach einem Modell mit wenigen Variablen, aber hohem Erklärungsgehalt gesucht. Als starke Einflussfaktoren finden sich neben der Institutionenreform Inflation, Ausgangsniveau des Pro-Kopf-Einkommens und der transformationsbedingte Rückgang des realen BIP Anfang der neunziger Jahre. Diese Variablen erklären zusammen 97,3 Prozent der Wachstumsunterschiede. Den stärksten Wachstumseinfluss übt die Inflation als Indikator für makroökonomische Stabilität aus, knapp gefolgt von der Institutionenreform. Das Modell insgesamt ist mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 1 Prozent hochsignifikant, und auch die einzelnen Variablen weisen nur eine geringe Irrtumswahrscheinlichkeit auf.

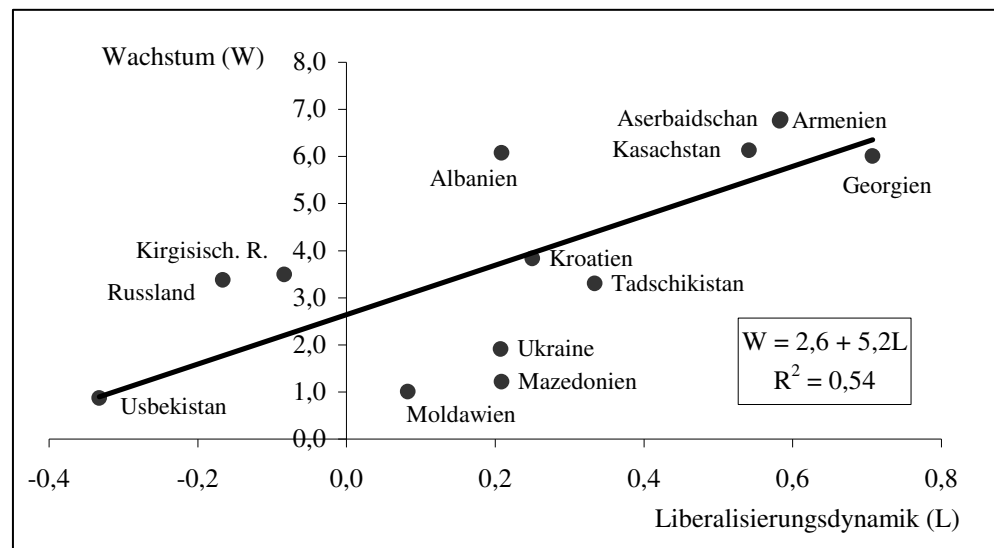
Zwar sind diese Ergebnisse aufgrund des begrenzten Betrachtungszeitraums und der geringen Länderzahl mit gewisser Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl ist bemerkenswert, dass sich so klare Aussagen ergeben. Damit werden auch die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigt, dass makroökonomische Stabilität eine wichtige Wachstumsvoraussetzung ist. Auch zeigt sich am signifikanten Einfluss des Ausgangsniveaus des Pro-Kopf-Einkommens, dass die üblichen auf wirtschaftliche Konvergenz abstellenden Wachstumsmodelle hier anwendbar und die zehn Länder folglich nicht als Sonderfälle zu behandeln sind. Entgegen dem ersten Eindruck erweisen sich die wirtschaftsrelevanten Institutionen vor allem mit Blick auf die Reformdynamik als wichtiger Einflussfaktor. Dahinter dürften vor allem die rechtlichen und institutionellen Vorbereitungen auf den EU-Beitritt stehen – also die Übernahme des *Acquis communautaire*. Damit erweist sich aus Sicht der Beitrittsländer nicht nur das Ziel einer zukünftigen EU-Mitgliedschaft als erstrebenswert, sondern bereits der Weg dorthin. Der von

Reformen ausgelöste Wachstumsschub ist offensichtlich stärker als der Einfluss des Niveaus von Institutionen und Liberalisierung. Reformen lohnen sich auch und gerade bei schlechten Ausgangsbedingungen.

Abbildung 2

Liberalisierungsdynamik und Wachstum

- Jahresdurchschnittliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner 1995/2003 und Dynamik der Liberalisierung¹⁾ 1995/1999 -



GUS ohne Weißrussland und Turkmenistan; einschließlich Albanien, Mazedonien und Kroatien. 1) Liberalisierungsgrad gemessen anhand eines aggregierten Transformationsindikators als ungewichteter Durchschnitt von acht Kategorien, die von der EBRD veröffentlicht werden (u. a. Privatisierung, Unternehmensrestrukturierung, wettbewerbsorientierte Marktöffnung, funktionsfähiges Finanzsystem). Werte zwischen 1 (schlecht) und 4+ (Standard eines fortgeschrittenen Industrielandes); Liberalisierungsdynamik als Differenz der Jahreswerte 1999 und 1995.

Quelle: International Monetary Fund, 2003b; European Bank for Reconstruction and Development; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Zweite Ländergruppe

Ein völlig anderes Bild ergibt sich, wenn man die Länder der GUS sowie einige Balkanstaaten betrachtet. Weißrussland und Turkmenistan wurden hier allerdings nicht in die Gruppe der typischen Transformationsstaaten aufgenommen, weil der Anteil der Privatwirtschaft lediglich bei rund einem Viertel liegt (EBRD, 2003, 16). Für die zweite Ländergruppe gilt:

- Die Institutionenreform hat hier nur eine geringe Erklärungskraft für das Wirtschaftswachstum. Die Wachstumsdifferenzen zwischen den betrachteten Volkswirtschaften können kaum durch das unterschiedliche Reformtempo in den einzelnen Ländern erklärt werden.
- Eine wesentlich höhere Aussagekraft hat dagegen die Veränderung des Liberalisierungsstandes. Unterschiedliche Liberalisierungsfortschritte

unter den betrachteten Ländern können immerhin 54 Prozent der Wachstumsunterschiede zwischen den Ländern erklären (Abbildung 2). Dabei liegt die Irrtumswahrscheinlichkeit bei unter 1 Prozent. Die Bedeutung der Liberalisierungsdynamik bleibt auch zusammen mit jeweils einer der übrigen Variablen sowie in einem Modell mit weiteren Variablen weitestgehend robust.

- Die makroökonomische Stabilität beeinflusst das Wachstum positiv und ist bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von zumeist 5 bis 10 Prozent weitgehend signifikant.
- Im Übrigen haben auch hier die Ausgangswerte von Institutionen und Liberalisierungsgrad eine schwache Erklärungskraft. Dies zeigt sich zum Beispiel bei Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan und Georgien, die trotz schwacher Liberalisierungs- und Institutionenwerte zur Mitte der neunziger Jahre in der Folgezeit mit mehr als 6 Prozent am stärksten gewachsen sind. Multikollinearitätsprobleme lassen hierzu aber teilweise keine eindeutige Schlussfolgerung zu. Dabei ist grundsätzlich zu beachten, dass ein dauerhaftes Wachstum ohne gute Institutionen in der Regel nicht erreicht werden kann, wenn ein weiter Länderkreis von Entwicklungs- und Schwellenländern betrachtet wird (Rodrik, 2003).

Offensichtlich weichen die Ergebnisse für beide Ländergruppen voneinander ab, und die acht Beitrittsländer sowie die weiteren Kandidaten Bulgarien und Rumänien sollten im Gegensatz zu den meisten bisherigen Studien als eigenständige Analysegruppe betrachtet werden. Institutionenreformen, die sich in dieser Ländergruppe als wichtige Wachstumserklärung erwiesen haben, sind aber häufig politisch nur schwer umsetzbar. Die zehn Länder der ersten Analysegruppe haben in dieser Hinsicht von ihrer konkreten EU-Beitrittsperspektive profitiert. Die Reformbemühungen, die mit einer EU-Mitgliedschaft untrennbar verbunden sind, haben letztlich auch dazu geführt, dass ein unumkehrbarer Weg in die Marktwirtschaft eingeschlagen wurde, der zu einem so genannten Lock-in-Effekt der Reformen führte (IMF, 2003a, 102 ff.).

Fazit

Februar 2004

Berthold Busch
Jürgen Matthes

Literatur:

Europäische Kommission, 2003, Datenbank AMECO, Herbst, URL: www.europa.eu.int/comm/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_en.htm.

European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), Transition Report, verschiedene Jahrgänge, London.

Grogan, Louise / Moers, Luc, 2001, Growth empirics with institutional measures for transition countries, in: *Economic Systems*, 28. Jg., S. 1-22.

Havrylyshyn, Oleh / Rooden van, Ron, 2003, Institutions matter in transition, but so do policies, in: *Comparative Economic Studies*, 45. Jg., S. 2-24.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), 2003, Neue Sterne am Himmel, Köln.

International Monetary Fund (IMF), 2003a, World Economic Outlook, September, Washington D.C., S. 95-128.

International Monetary Fund (IMF), 2003b, World Economic Outlook, Database September, URL: www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2003/02/data/index.htm.

Kaufmann, Daniel / Kraay, Aart / Mastruzzi, Massimo, 2003, Governance Matters III: Governance Indicators for 1996-2002, World Bank Policy Research Working Paper, Nr. 3106, Washington D.C.

Ochmann, Cornelius, 2002, Polen – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Gütersloh, S. 237-245.

Rodrik, Dani, 2003, Growth Strategies, NBER Working Paper, Nr. 10050, Cambridge, MA.

Institutional Transformation and Economic Performance

iw-focus

Empirical analysis for the countries in central and eastern Europe, which will join the EU in May 2004, as well as for Bulgaria and Romania shows that the changes in economic institutions in the second half of the 1990s can explain more than 50 per cent of the differences in economic growth. In contrast to former studies, the levels of economic institutions and liberalisation are found to be hardly relevant in this respect. Reforms therefore pay off even if base conditions are bad. This applies also to the other transformation countries, where instead of institutional reform the change in liberalisation matters most.

DOI: 10.2373/1864-810X.04-01-03